Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 13 (1945-1946)

Artikel: Neutrale Bemerkungen zur Konferenz von Potsdam
Autor: Schürch, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759163

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NEUTRALE BEMERKUNGEN ZUR KONFERENZ VON POTSDAM

VON ERNST SCHÜRCH

Tempora quibus nec vitia nostra nec remedia pati possumus.
Livius.

Als Bodensatz der bis auf den Grund aufgewühlten Kriegswogen bleibt fürs erste ein unreines Gemenge von proklamierten Zielen und verwirklichten Tatsachen. Das mag weithin weniger Schuld als Schicksal sein, oder es sind jene «himmlischen Mächte» im Spiel, die den Armen schuldig werden lassen, um später die alte Schuld durch eine neue zu rächen und die Völker zu schlagen, weil ihre Führer gefehlt haben. Doch nicht zu rügen oder zu rühmen steht uns zu, nur zu sagen, was ist. Vorab eins: die den Alliierten gestellte Aufgabe gehört zum Schwersten, was menschlicher Kraft und Weisheit zugemutet worden ist. Wir haben an Wilson ein Beispiel, wie einer einen Krieg überstehen und dann am Frieden zerbrechen kann.

Die Siegermächte suchen die neue Weltordnung auf verschiedenen Ebenen und in mehreren Etappen aufzustellen. Der Umfang und die Vielgestaltigkeit der Aufgabe verlangte diese sachliche und zeitliche Gliederung. Die mit besondern Aufträgen bedachten Instanzen sind schon so zahlreich, daß die besonders in England beliebte Vorstellung von einer zusammenfassenden und abschließenden Weltkonferenz verblaßt. Man weiß heute kaum, wann und ob man überhaupt fertig wird, das heißt: einen *Zustand gesicherter Ruhe als Ausgangslage für eine friedliche Entwicklung* erreichen kann. Denn es sind so mächtige Massen in Bewegung geraten, daß ihr Stoß noch lange weiterwirken muß, und die gewaltsame Veränderung in Ostasien, deren Endergebnis politisch und wirtschaftlich für die ganze Welt von höchster Bedeutung werden kann, ist erst im vollen Anlauf begriffen.

Eine Frage des Verfahrens

Nach dem ersten Weltkrieg entbrannte ein Streit über die Frage, ob zunächst der Kriegsabschluß und erst hernach die für die Dauer berechnete allgemeine Ordnung ins reine gebracht werden solle, oder umgekehrt. Wilson setzte es energisch durch, daß zuerst der Völkerbundspakt als Weltfriedensgesetz vereinbart und dann als Bestandteil in jeden einzelnen Friedensvertrag aufgenommen wurde, so daß die allgemeine Ordnung nicht nur als konferenziell vereinbartes Völkerrecht, sondern vierfach, in Versailles, St-Germain, Trianon und Sèvres, auch noch als zweiseitig bindendes Vertragsrecht zu verankern war.

Wilson hatte recht. Er wußte, daß die durch Geheimabkommen gebundenen «Realpolitiker» die Verträge mit den Besiegten lieber nach den akuten Bedürfnissen der eigenen Völker diktiert und die Ideale, die dem Kampf vorangeleuchtet hatten, als cura posterior auf gelegenere Zeiten verschoben hätten. Es geschah dann trotz allem einiges in diesem Sinn; wenn auch der Versailler Vertrag kaum der Würgefrieden war, als den man ihn verschrien hat, war ja die unbeschränkte Reparationspflicht, die den Vorwurf verdiente, bald abgeschüttelt. Alle Welt (und die Schweiz damit) hat nachher an Deutschland nicht weniger Geld verloren, als die Sieger von ihm einkassieren konnten.

Die gegenwärtigen Baumeister des Friedens sind der Forderung Wilsons insofern gerecht geworden, als sie sich auf die Grundzüge einer Weltordnung verpflichteten und sie, soweit sie gesamthaft dazu imstande waren, zu einem «Pakt» verdichteten, ehe ein Friedensvertrag in Sicht war. Dazu dienten: 1. die Atlantische Charta, von Roosevelt und Churchill proklamiert am 14. August 1941, von Stalin übernommen beim zwanzigjährigen Bündnis mit England und im russisch-amerikanischen Abkommen vom 11. Juni 1942, dann von den Großen Drei als Gesetz der Zukunft feierlich gemeinsam verkündet bei Abschluß der Krimkonferenz; 2. die vorbereitende Konferenz von Dumbarton Oaks; 3. die große Konferenz der «friedliebenden Nationen» von San Franzisko, die das Statut der Friedensordnung aufstellte.

Verzichte und Warnungen

Schon auf dem Flug von jenem Kriegsschiff im Atlantik, wo die Friedenstaube aufgestiegen war, bis zur Stadt im Pazifik, wo man ihr das Nest baute, hat sie Federn verloren. Bereits die Einladungen zeigten, daß sich Fremdkörper unter die schönen Ideen mischen wür-

den. Nur Kriegführende erhielten einen Sitz. In Amerika ging die Scherzfrage um: «Wer ist friedliebend? — Wer bis zum 1. April den Krieg erklärt hat.»

Die Dreimännerkonferenz von Potsdam liegt in der weiterlaufenden Kette solcher Besprechungen und konnte weder umfassend noch abschließend gestaltet werden. Sie knüpfte in wenigen Punkten an San Franzisko an, hatte aber in der Hauptsache mit Deutschland zu tun. Das umfangreiche Communiqué, bis zur Stunde in der Schweiz nicht ganz veröffentlicht, gibt Anlaß zu vielen Kommentaren über das, was nicht in den sechstausend Worten steht. Lassen wir Mutmaßungen über die Frage, was davon an der Konferenz nicht berührt und was nur verschwiegen wird, weil es nicht spruchreif ist. Es ist ja wohl möglich, daß die Einigung nicht in allen Punkten der Diskussion erreicht wurde.

Denn die größte Schwierigkeit des Friedenswerkes liegt darin, nicht etwa mit dem besiegten Gegner, sondern unter Verbündeten ins reine zu kommen. Kaum je war diese Aufgabe so dornig wie diesmal. Es hat in den letzten Jahren schon wiederholt Lagen gegeben, wo die Begehren senkrecht aufeinanderstießen und kein Parallelogramm der Kräfte eine Resultante als gemeinsamen dritten Weg ergeben konnte. Da hieß es kämpfen oder nachgeben. Und wenn man nicht gegeneinander kämpfen darf und solange keiner nachgeben will (was zwar schon reichlich geschehen ist), darum und solange wird verschoben, verschwiegen, vertröstet.

Um *die innere Lage* der Potsdamer Verhandlungen zu erfassen, muß man sich der feierlich proklamierten Ziele erinnern. Die beiden Urheber der Atlantischen Charta sind aus dem Rat der Drei abberufen worden, haben aber noch in diesem Jahre an die verpflichtenden Ideale erinnert. Doch mit welchen Nebentönen der Enttäuschung!

> *Roosevelt* am 6. Januar 1945: «Die Atlantische Charta ist eine Erklärung von Grundsätzen, die keine festen, in allen heikeln Lagen dieser kriegszerrissenen Welt anwendbaren Regeln aufstellt. Wir werden jedoch nicht zögern, unsern Einfluß geltend zu machen, und zwar schon jetzt, daß den Grundsätzen, soweit dies menschenmöglich ist, nachgelebt wird, obschon Fehler und Enttäuschungen natürlich nicht immer zu vermeiden sind.»

So sprach die berühmte goldene Zunge des Optimismus in einer der letzten Reden an das Volk der Vereinigten Staaten und an die Völker der Welt. Roosevelt betonte eindringlich, daß die Amerikaner immer an die Freiheit und die Gleichberechtigung geglaubt haben als ein Hauptziel des öffentlichen Lebens; das gelte auch für die Nationen. Besonders plädierte er für jene Forderung der Charta, die

allen Völkern freien Zugang zu den Rohstoffen der Welt sichern will. Wie aber dieser freie Zutritt beim politisch-wirtschaftlichen System des größten und rohstoffreichsten Landes zu erreichen wäre, darauf hat trotz Rußlands Beitritt zur Atlantischen Charta noch niemand Aufschluß gegeben.

> *Churchill* sagte am 13. Mai 1945 am Radio: «Auf dem europäischen Kontinent müssen wir so vorgehen, daß die einfachen und ehrlichen Ziele, für die wir in den Krieg eingetreten sind, in den ... kommenden Monaten nicht vergessen oder beiseite geschoben werden, daß die Begriffe der Freiheit, der Demokratie und der Befreiung nicht verfälscht werden bis zu einem Grade, wo sie ihren wirklichen Sinn verlieren. Wenig würde es nützen, die Nationalsozialisten für ihre Verbrechen zu bestrafen, wenn Gesetz und Gerechtigkeit nicht herrschten, wenn totalitäre oder Polizeiregierungen den Platz der deutschen Angreifer einnehmen sollten! Wir müssen die Gewißheit erhalten, daß die hohen Ziele, für die wir in den Kampf eingetreten sind, an der Friedenskonferenz tatsächlich und nicht nur in Worten anerkannt werden. Vor allem müssen wir dafür arbeiten, daß die Weltorganisation, die die Vereinten Nationen ... aufbauen wollen, nicht zu einem bloßen Wort und einem Instrument der Erschlaffung werde. Sache des Siegers ist es, sich in der Stunde des Triumphes großmütig zu zeigen.»

Gerade als Göbbels tot und Hitlers totalitäre Regierung zerschlagen war, hielt es der englische Staatsmann für nötig, vor dem Verdrehen der Begriffe zu warnen und die Demokratie gegen den Totalitarismus zu schützen!

Solche Warnungen geben eine ungefähre Vorstellung von den Schwierigkeiten, mit denen auch die Nachfolger der Warner zu rechnen haben, und sie helfen vielleicht einiges erklären, was man in den Potsdamer Beschlüssen findet, und einiges, was man darin vermißt.

Die Aufgaben von Potsdam

Die Besprechungen dauerten vom 17. Juli bis in die Nacht vom 2./3. August, mit einer Unterbrechung, nach der eine Ablösung des ersten und des zweiten Vertreters Englands durch ihre Nachfolger im Kabinett eintrat. Dieser Wechsel mag die Arbeiten gehemmt haben, wiewohl Churchill vorsorglich Attlee zur ersten Hälfte der Konferenz beigezogen hatte. Präsident Truman war zum erstenmal dabei und brachte den Ruf eines energischen und gewandten Vorsitzenden mit; ihm wurde auch die Leitung anvertraut.

Längst war der Ruf nach einer neuen Zusammenkunft der führenden Staatsmänner zu hören gewesen, weil sich die Gefahr des Auseinanderziehens der Verbündeten verschärft hatte und eine per-

sönliche Fühlung Trumans mit den Leitenden Englands und Rußlands nötig war. Der Zweck war allgemein die Erneuerung und Stärkung der gemeinsamen Politik, besonders gegenüber Deutschland, nachdem das stärkste Band, das sie bisher zusammengehalten hatte, weggefallen war, nämlich Hitler und die deutsche Armee.

Kriegskoalitionen pflegen ja zu zerfallen, auf der unterliegenden Seite in der letzten Kriegsphase, auf der gewinnenden bald nach dem Sieg. Diesmal schien die Verbindung erst recht gefährdet wegen der Gegensätze in der Staatsauffassung und der Lebens- und Wirtschaftsordnung. Rußland stand ja auf Seite Hitlers, als dieser durch den Ueberfall auf Polen den zweiten Weltkrieg auslöste, und half Deutschland wieder einmal, das gemeinsame Nachbarland zerreißen. Ins Lager der Angelsachsen kam Rußland einzig, weil es selber angegriffen wurde. Da war es beim besten Willen nicht leicht, gemeinsame Friedensziele so zu fassen, daß sie auch standhielten. Rußland verfolgte an der Seite Hitlers wie nachher an der Seite Englands und Amerikas das gleiche Ziel: den Ring zu sprengen, durch den es seit seiner Revolution eingeengt, vom Meer verdrängt und vom Westen abgeschnürt war. Der Molotow-Ribbentrop-Vertrag gab ihm freie Hand gegen Finnland, die baltischen Staaten, Rumänien, und auch gegen Polen, soweit dieses nicht deutsches Generalgouvernement wurde. Der deutsche Angriff entriß den Russen diese Gewinne und mehr dazu. Der russische Gegenstoß brachte die Verluste wieder ein, und wieder mehr dazu.

Es geht in der Hauptsache um die restitutio in integrum des zaristischen Reichsgebietes, mit Ersatz frühern Besitzes in Polen durch Eroberungen in Ostpreußen, wie auch Polen das, was es den östlichen Nachbarn lassen muß, wettmachen soll auf Kosten des westlichen. Es wird sich bald zeigen, ob die Sowjets nicht auch in Ostasien frühere Besitzungen wie Port Arthur zurückfordern.

> *Art. 1* der Atlantischen Charta lautet: «Ihre Länder suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur.»

Nun kann man lesen, die Potsdamer Konferenz habe «die Friedenskonferenzen» (man beachte die Mehrzahl) vorzubereiten gehabt. Nicht zuletzt waren also die künftigen Grenzen abzustecken. Das ist aber bezeichnenderweise nur im deutschen Osten geschehen, und zwar in Anerkennung des Besetzungszustandes und der Forderungen der Slawen. Von französischen Ansprüchen oder von der Forderung Hollands auf Realersatz für sein ersäuftes Land liest man nichts.

Es zeigen sich vermutlich bei den neuen deutschen Ostgrenzen auch die von Roosevelt angerufenen Grenzen des Menschenmöglichen. Denn offenbar stimmt gerade das Wichtigste der Potsdamer Be-

schlüsse nicht mit der angelsächsischen Auffassung von der Atlantischen Charta überein. Was man aber nicht ändern kann, damit erklärt man sich einverstanden, um das Gesicht zu wahren — und wer wollte der Sowjetmacht die Eroberung seiner Randgebiete wieder entreißen? Das Verfahren ist dann wohl so, daß man sich in das schickt, was nicht zu ändern ist, und dafür Konzessionen von der Gegenseite auf andern Punkten erwartet. Ein solches Ordnen der Welt gleicht weniger einer nach höhern Grundsätzen waltenden Gerechtigkeit als einem machtmäßigen Abwägen der Interessen.

Das muß hier darum gesagt werden, weil die Anerkennung der Eroberung Königsbergs nach angelsächsischen Kommentaren automatisch die *Preisgabe der baltischen Staaten* mit sich bringt. Königsberg russisch — wie sollen da die Esten, Letten und Litauer mit ihren mehrfach verbrieften Rechten auf Selbständigkeit zu retten sein? Sie haben unanfechtbare Verträge mit der Sowjetunion. Aber sowenig der Völkerbund mehr für Finnland tun konnte, als seinen Angreifer ausschließen, so wenig haben die westlichen Mächte die Möglichkeit, ihrem großen Verbündeten die baltische Beute zu entreißen. Zuletzt hat noch der amerikanische Unterstaatssekretär Grew von den bisher immer noch rechtlich anerkannten Staaten an der Ostsee gesprochen, während im Londoner Sprachgebrauch schon vor Jahren das Wort «Sowjetlitauen» auftauchte.

Wird wenigstens *Art. 2* der Atlantischen Charta aufrechtbleiben?

> «Sie erstreben keine territorialen Aenderungen, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der beteiligten Völker übereinstimmen.»

Solange man die genannten Völker in Ruhe ließ, haben sie die Selbständigkeit dem Anschluß an eine Großmacht vorgezogen und sich Verfassungen gegeben, die vom System des Bolschewismus abwichen, haben sich auch gegen die russische wie gegen die deutsche Herrschaft gewehrt. Dann aber ging der berühmte eiserne Vorhang nieder, den man nun schon bis nach Mitteleuropa herein kennengelernt hat — und jetzt ist es möglich, daß der Moskauer Sender von einer begeisterten Kundgebung des estischen Volkes für den großen Freund und Beschützer im Kreml spricht. Eine Volksabstimmung habe unter Teilnahme von 80% der Bevölkerung mit 92,9% Mehrheit für den Anschluß an die Sowjetunion entschieden — nachdem wohlverstanden das Land «von Faschisten und Reaktionären» gereinigt war. Die Abstimmung sei hernach frei und ungezwungen abgelaufen ... Solche Kundgebungen können weiterhin veranstaltet werden, um dem Buchstaben der Charta zu genügen. Ob auch dem Gewissen der westlichen Verbündeten? Jedenfalls ist heute festzu-

stellen, daß sie eine solche Abstimmungstechnik mit aller Schärfe zurückweisen, wenn sie von einem Kleinern, wie Tito, versucht werden sollte.

Von einer Volksbefragung in den zu Rußland oder zu Polen zu schlagenden deutschen Ländern war in Potsdam nach außen vernehmbar nicht die Rede. Eher glaubt man ein altes Wort aus der preußischen Geschichte anklingen zu hören: «Aber einst aus meinen Knochen wird ein Rächer auferstehn.»

Da Rußland eine Sowjetunion ist, werden die ihm angeschlossenen Gebiete sowjetisiert werden müssen. *Art. 3* der Charta bestimmt freilich:

> «Sie achten das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung all denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind.»

Das wird hier ein Wunsch ohne Zähne, ja ohne Zunge sein. Nun gibt es ja eine Methode, sich die Abstimmung zu ersparen: man leert das Land von seinen Bewohnern und schickt andere hin. In den Zeiten Nebukadnezars hat man das schon praktiziert. Aber unter dem Zeichen der Atlantischen Charta? Das allererste, was man einem Volk lassen muß, ist sein Boden, seine Heimat. Staatlichkeit und Regierungsform kommen erst lang nachher.

Wir wissen nicht, in welchem Umfang Völkerverschleppungen wirklich durchgeführt werden oder durch Verjagung im Schreck vor dem Russensturm vorausgenommen wurden. Aber fraglos scheint uns, daß die neuen deutschen Ostgrenzen nicht der beidseitigen Befriedung dienen können. Es ist auch klar, daß Polen um so abhängiger von Rußland wird, je mehr deutsches Gebiet es sich mit oder ohne Zwangsverschickungen unterwirft. Einmal wird die Erinnerung an die deutschen Freveltaten in Polen verblassen. Die Erinnerung an eine verlorene Heimat könnte länger dauern.

Die Behandlung der Deutschen

Die Abwesenden haben immer unrecht. In Potsdam abwesend war vor allem der passive Partner der Konferenz, Deutschland. Das war aber auch verständlich. Die Sieger hatten sich erst einmal unter sich darüber zu einigen, was sie in Deutschland vorkehren wollten. Erst die Wirkung wird zeigen, ob sie das Richtige getroffen haben; es sind übrigens auch jetzt wieder verschiedene Auslegungen des Vereinbarten möglich. Es ist ja längst das Kreuz der Alliierten, daß sie sich in Worten einigten, die sie nachträglich verschieden verstanden haben

wollten. Darum die klagende Mahnung Churchills fünf Tage nach dem Victory-Day.

Die Flügelbomben und erst recht die grauenhafte Kulturschande der Konzentrationslager haben vermutlich den Wunsch nach großherziger Behandlung der Besiegten etwas abgestumpft. Denn das einfachste Gerechtigkeitsbedürfnis ruft nach Strafe und Sühnung, ja nach Bußfertigkeit einer Nation, die einst zu den stärksten Kulturträgern des Abendlandes gehört, aber jetzt durch ihre Staatsmacht den Namen Europas geschändet hat bis zu den Halbwilden hinaus. Niemand außerhalb der deutschen Grenzen empfindet diese Schmach bitterer als wir Europäer deutscher Zunge.

Als die Angeklagten im Prozeß um den Reichstagsbrand vor den Schranken standen und Göring das Gericht in bis dahin unerhörter Weise einzuschüchtern suchte, da erhob die Schweizer Presse einen Notruf: Deutschland dürfe nicht vergessen, was es seiner Stellung als Kulturvolk und Rechtsstaat schuldig sei; man müsse von ihm mehr verlangen als von einer Despotie asiatischen Typs; die deutsche Justiz dürfe sich nicht als willfähriges Werkzeug der politischen Gewalthaber mißbrauchen lassen, wenn das Reich seinen guten Namen in Europa wahren wolle. Man warte mit Sorge darauf, ob das Reichsgericht auf Befehl und Drohung hin ohne ausreichende Beweise verurteilen werde. Es wurde uns gemeldet, daß ein solcher Artikel im Strafsenat vor dem Urteil von Hand zu Hand gegangen sei. Die bulgarischen Kommunisten wurden dann auch freigesprochen, und ein Druck wich uns vom Gemüt — aber wie lange hielt das vor? Seither gewöhnte man sich an die fortschreitende Depravation der deutschen Staatsmoral.

Wie ist die erkrankte deutsche Seele herauszuholen aus dem (einem Minderwertigkeitskomplex entsprungenen) Wahn vom deutschen Herrenvolk? Wie können die Deutschen als Gesamtheit wieder zu Menschen unter Menschen gemacht werden? Zuerst waren die Anbeter der Gewalt durch eine Gegengewalt niederzuschlagen und aus ihrer Führungshypnose wachzurütteln. Erst müssen sie begreifen, was 1940 einmal Prof. Sauerbruch deutschen Offizieren zurief, die nach Frankreichs Niederlage am liebsten über die Schweiz hergefallen wären: «Gewalt ist nicht alles, es gibt auch noch Recht und Anstand.» Nach dieser Regel aber muß sich das Verhalten der Sieger selber einstellen, um das Beispiel zu geben. Am Willen dazu fehlt es nicht. Aber es ist noch zu erwahren, ob und wie die Konferenz von Potsdam das Vollbringen gefördert hat.

Man spricht von der Neuerziehung der Deutschen, und mit Recht. Aber erziehen heißt nicht etwas von außen in einen Menschen hineinzwingen, sondern etwas, das in ihm steckt, hervorziehen, entwickeln

und stärken. Es fehlt nun den Alliierten nicht an pädagogischen Ratschlägen, auch nicht an fragwürdigen. In der international verbreitetsten amerikanischen Monatsschrift «Reader's Digest» steht in der Juliausgabe 1945 ein Auszug aus dem Buch «Moral Conquest of Germany» von *Emil Ludwig*, der als deutscher Schriftsteller von internationalem Ruf vorgestellt wird, und wir lesen:

> «Männer, die gegen ihre tyrannischen Fürsten aufgestanden sind, die Art, die sowohl in der Geschichte wie im Herzen anderer Länder lebt, gibt es weder in der deutschen Geschichte noch in der deutschen Literatur.»

Man kann nur damit einverstanden sein, daß der Verfasser nicht auch noch als Schweizer eingeführt wird. Die Erinnerung daran, daß es in den «German letters» einen «Wilhelm Tell» gibt, wäre sonst auch gar zu genierlich. Daß Schiller auch den Don Carlos, die Geschichte des Abfalls der Niederlande, und (gegen die deutschen Potentaten) «Kabale und Liebe» geschrieben hat, daß der Name «Egmont» für die deutsche Literatur und sogar für die Musik einiges bedeutet, und daß es auch eine heute noch begeisternde deutsche Freiheitslyrik gibt, um das zu wissen, braucht einer nicht einmal ein international bekannter deutscher Schriftsteller zu sein. Ist es nicht peinlich, daß Ludwig nichts gehört hat von den deutschen Helden des Widerstandes gegen den größten Tyrannen der deutschen Geschichte, von den *ersten* Opfern der Konzentrationslager!

Man darf heute nicht tun, als ob der Deutsche aus unabänderlicher Naturanlage keinen Sinn für Freiheit habe und daher auch nie zur freiheitlich-demokratischen Art erzogen werden könnte. Was sagen die Amerikaner zu ihren Freiheitshelden deutschen Blutes? Am Ende haben auch die Deutschschweizer gezeigt, daß es vermutlich mehr an der Geschichte als an der Rasse liegt, wenn im Reich die Entwicklung einen falschen Weg eingeschlagen hat. Ludwigs Rassentheorie wird darum nicht besser, weil sie sich gegen Rassentheoretiker richtet.

Seine Auffassung könnte auf eine dauernde Fremdherrschaft über Deutschland hinauslaufen; denn dürfte man ein zur Freiheit von Natur unfähiges Volk wieder eigenen Führern überlassen?

Wir halten auch nicht gerade viel von Ludwigs Vorschlag, den Deutschen auf zehn Jahre alle Reisen ins Ausland zu verbieten, damit sie draußen nicht Mitleidspropaganda treiben. Was hat denn die deutsche Hybris unter Hitler so hoch getrieben, wenn nicht die geistige Absperrung des deutschen Volkes von der übrigen Welt? Man sagt, daß der Danziger Gauleiter Forster, ein ungebildeter Fanatiker, auf Zureden hin einmal eine Reise nach London gemacht und nachher ganz verwundert erzählt habe, England sei doch offen-

bar eine wirkliche Nation! Gegen nationalen Dünkel hilft das Reisen in fremde Länder besser als die Umwandlung eines ganzen Landes in ein Ghetto. Schließlich muß doch selbst der Friede mit Deutschland, den man in Potsdam vorbereitet hat, auf Verständigung und eine vernünftige Nachbarschaft hinzielen, in der man erkennt, daß das Unglück des einen Volkes, ob verdient oder unverdient, auf die Dauer nicht das Glück der andern Völker sein kann.

Die Sieger werden bald Besetzungsdienst genug haben. Man kennt das vom letztenmal her, und übrigens gab dann die Heimführung der Truppen mehr zu tun als der Einmarsch, weil so viele deutsche Frauen mitzuführen waren! Vielleicht hat man daran gedacht, als das nicht länger zu haltende Fraternisierungsverbot erlassen wurde. L'amour est plus fort que les principes, das connubium war nicht aufzuhalten. Wie wird es diesmal mit dem commercium, dem Wirtschaftsaustausch, werden?

Industrie und Vergütung der Kriegsschäden

Deutschland wird nach den Potsdamer Beschlüssen entmilitarisiert bis in die möglichen Quellen künftiger Rüstung hinein. Das ist die Begründung für das Unterdrücken von Industrien. Man hätte sich vielleicht eine andere Lösung, die weniger in das tägliche Brot des deutschen Arbeitsvolkes hineingeschnitten hätte, vorstellen können. Wenn in der Schwerindustrie und allen Betrieben, die für Rüstungszwecke verwendbar sind, ein bestimmender Einfluß der Sieger gesichert werden könnte, dann würde unter Umständen Deutschland einmal für fremde Armeen arbeiten, was man bedauern mag, ohne aber dafür einen chronischen deutschen Hungerzustand eintauschen zu wollen.

Es wird behauptet, in der Ausmerzung der deutschen Konkurrenz liege eine gewaltige Reparationsleistung an die Industriemächte Amerika und England. Das Gegenteil könnte zutreffen. Der Aufstieg zur industriellen Weltgeltung ging in England und Deutschland wohl nicht von Anfang gleichzeitig, wohl aber eine schöne Strecke gleichlaufend vor sich. Jedes beider Länder wurde mit seinem steigenden Reichtum immer wichtiger als Absatzmarkt für das andere. Wenn man zugibt, daß der auf intensivsten Güteraustausch erpichte Amerikaner nicht ein heillos verarmtes Europa wünscht, so ist kaum einzusehen, warum die Alliierten im Interesse ihrer Wirtschaft ein besonders verarmtes Deutschland wünschen sollten. Es könnte sich da mit der Zeit der Mehltau der Enttäuschung (oder sagt man Morgenthau?) auf gewisse Hoffnungen legen.

Für die Schweiz ist der Wegfall des bisher wirtschaftlich stärksten Nachbarn, mit dem sie den lebhaftesten Außenhandel betrieben hat, ein Verlust, auch wenn ein gewisser Wettbewerb sich lockern wird. Man braucht nur an die jetzt anderweitig gebundene deutsche Kohle und ihren Preis zu denken im Vergleich zu dem, was wir nach anderen Seiten zahlen, wenn wir überhaupt etwas hereinbringen. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß eine neuerdings gesenkte Lebenshaltung draußen zu Unterbietungslöhnen führt, die der Schweizer Industrie den Export erschweren. Vielleicht werden auch Fabrikationszweige, deren Wettbewerb uns bisher schon drückte, wie die Plauener Spitzenindustrie, vom Abmontieren und Wegführen der technischen Anlagen verschont.

Der Schweizer hat sich vielfach in die Bedürfnisse der fremden Industrie einzupassen verstanden, etwa durch Spezialitäten wie Präzisionsinstrumente und höchstentwickelte Werkzeugmaschinen. Eine Arbeitsteilung hat sich trotz aller Rivalität angebahnt, bei der wir unter ungünstigeren natürlichen Bedingungen unser Auskommen fanden. Das setzt aber eine gesunde Entwicklung auch in der Wirtschaft des Auslandes voraus.

Ueber die Kriegsschadenvergütung wurde in Potsdam einiges beschlossen und stillschweigend hingenommen, das grundsätzliche und rechtliche Würdigung verdient. Dem totalen Krieg, der von Deutschland durch unbeschränkte Ausplünderung besetzter Gebiete geführt wurde, entspricht nach seiner totalen Niederlage der Zugriff der Sieger auf das bewegliche Vermögen der Deutschen, nicht nur in der Gestalt einer ordentlichen Kontribution, wie sie ehemals Regel war, sondern in der Gestalt eines — ich finde keinen andern Ausdruck — modernen Beuterechts, das nicht fragt, ob die Beute dem Staat oder Privaten gehört und sich auch mit Gutscheinen, die der gebrandschatzte Bürger nachher seiner Regierung vorweisen kann, nicht besonders verköstigt. Wir sind hier eigentlich schon im Gebiet der Talion, der Vergeltung für die Raub- und Verwüstungszüge der deutschen Heeresverwaltung. Rußland, das neben Polen besonders schwer heimgesucht wurde, ist auch darin auf der via facti vorgegangen, indem es in seinem Besetzungsbereich, nicht nur auf deutschem Boden, ganze Industrieanlagen abmontierte und auch sonst eine Menge Fahrhabe behändigte und abschleppte. Jetzt wird diese Methode in aller Form eingeführt und den Russen selbst außerhalb ihrer Besetzungszone Industriebeute als Entgelt für Kriegsschäden angewiesen. Das ganze deutsche Volk hat ja Krieg geführt und ist besiegt; Hitler hat Mussolinis Wort, daß die «cosidetta vita civile» ganz aufhöre, am gründlichsten wahrgemacht, noch gründlicher als die Russen, denen das Ueberschreiten der frühern Schranken zwischen

Zivil und Militär, Staats- und Privatsphäre von Hause aus wenig Mühe machen konnte. Die Deutschen haben übrigens durch die Versklavung der arbeitsfähigen Bevölkerung besetzter Gebiete, von Männern und Frauen ohne Unterschied, das denkbar schlimmste Beispiel gesetzt: ihnen war ja der Mensch selbst Kriegsbeute, wie es in vorchristlichen Zeiten Brauch war, wo Rom seine Sklavenherden in drei Kontinenten zusammentrieb.

Der proklamierte humane Zug der angelsächsischen Friedensideale mag, wie Montgomery andeutet, im Besetzungsbereich der Angelsachsen fühlbar werden, kam aber gegen eine Entwicklung, die für sich die brutale Logik und das bare factum hat, auch in Potsdam nicht auf. Wie viele Deutsche gegenwärtig in den Siegerländern in der Arbeitsfron stehen und wie lange sie noch dort stehen werden, wohl auch über einen spätern Frieden hinaus, das ist hier nicht festzustellen. Um so weniger, als Rußland nicht einmal dem Internationalen Roten Kreuz beigetreten ist und daher keine Kontrolle über seine Gefangenenlager erlaubt hat. Es freute einen, daß General Wichorew, der dafür die russischen Gefangenenlager in der Schweiz inspizierte, auch dem Roten Kreuz in Genf sein Interesse zugewendet hat.

Die Ausstrahlung der Sowjetmacht

Die Konferenz von Potsdam gehört ganz in das Vorfriedensstadium des Waffenstillstandes. Aber da die entscheidenden Mächte bei den Friedensverträgen die gleichen sein werden wie in Potsdam, so sind doch wesentliche Neuerungen schon in kaum mehr zu erschütternder Weise festgelegt, so vor allem die deutschen Ostgrenzen, die nur bis zur Görlitzer Neisse gehen sollen. Auch Stettin ist polnischer Besetzung unterstellt worden. Die Konferenz hat ohne Widerspruch von den im Osten geschaffenen Tatsachen Kenntnis genommen, und das ist in Moskau nicht ohne Grund als ein entscheidender, in spätern Verhandlungen nicht mehr rückgängig zu machender Erfolg begrüßt worden. An die Stelle des frühern cordon sanitaire des Westens tritt das Glacis des Ostens, mit einem bis tief nach Mitteleuropa herein abgeräumten Vorfeld. Eine Ausfallstellung, bestehend aus russischem Neubesitz und einer Zone von obligatorisch befreundeten Staaten, für die der so aufgeregt verpönte Name «Einflußsphäre» eher zu wenig als zu viel sagt. Es bleibt die Frage, ob sich der Westen nicht ebenfalls zu einer regionalen Gesamtheit zusammenschließen wird, um dem Druck standzuhalten. Fürs erste steht fest, daß Rußland jedenfalls eine Gruppierung zum Schutz der nordischen Gesamt-

interessen nicht duldet; Finnland wäre übrigens von vornherein aus dem Ring herausgebrochen.

In Deutschland aber müssen sich Osten und Westen begegnen. Polen und die Tschechoslowakei haben die Rolle als Zwischenlage und stoßmildernde Polster ausgespielt, Rumänien ebenfalls, und über die künftige Einbettung von Oesterreich und Ungarn weiß man kaum etwas Sicheres, als was sich aus den territorialen Machtverhältnissen in der Nachbarschaft von selber ergeben wird.

An Stelle des deutschen Einflusses wird nun die Ausstrahlung der russischen Macht in ganz Europa, auch in der Schweiz, mehr und mehr zu fühlen sein. Es wird gewiß nicht ohne eine gewisse Verwestlichung des Sowjetsystems gehen, hat man doch in Rußland die Bedeutung des geschichtlichen Erbes erkannt und zu nützen verstanden, so daß die rein theoretisch gerichtete revolutionäre Phase überwunden scheint. Doch läßt sich der Bolschewismus trotz Aufhebung der Komintern heute als außenpolitischer Hebel, als Träger politischer Machteinflüsse immer noch gebrauchen.

Es wird sehr viel davon abhangen, ob es dem Drängen der Angelsachsen gelingt, der westlichen Wirtschaft Zugang zu den russischen Rohstoffen und dem russischen Markt zu verschaffen, entsprechend den Verheißungen der Charta. Jedenfalls geht das Eindringen des russischen Einflusses in den Westen auf die Dauer nicht mit der hermetischen Abriegelung des eigenen Landes zusammen. Je intensiver aber die gegenseitige Berührung, um so mehr gegenseitige Angleichung ist normalerweise zu erwarten. Schon jetzt läßt sich wahrnehmen, daß das, was die Russen infolge des Krieges in der «kapitalistischen» Welt gesehen und erfahren haben, aufklärend und am Ende aussöhnend wirken könnte.

Es bleibe dahingestellt, ob das nicht ein Grund zu gewissen Sorgen im Kreml ist. An der Luftverkehrskonferenz von Chikago hat sich gezeigt, daß die russische Luft wie die russische Erde dem für die Weltwirtschaft und das gemeinsame Wohl der Völker, für den Frieden im wahren Sinn des Wortes dringend wünschbaren Verkehr noch lange nicht erschlossen werden kann. Die Sowjets scheinen nichts so sehr zu fürchten wie ausländische Journalisten. Selbst eingeladene Gäste können sich in Rußland nicht nach Belieben bewegen. Das Geheimhalten ist eine höchst entwickelte Staatskunst geworden. Aber je weiter sich der Russe westwärts einläßt, um so mehr Westliches muß er schließlich annehmen, wenn er nicht in der Welt der unverstandene Fremdling bleiben will, zu dem ihn fremde und eigene Abschließung gemacht hat.

Das wirtschaftliche Selbstgenügen der Sowjetunion kann einmal Tatsache werden, die nötigen Arbeitsstoffe und Arbeitskräfte sind

vorhanden. Aber einstweilen ruft Rußland dringend nach amerikanischen Krediten. Es ist ihm nicht entgangen, daß die höchsten ökonomischen Potenzen in der staatsfreien kapitalistischen «Unordnung» der Vereinigten Staaten entstanden sind, und daß es dank genialer Führung gelungen ist, das scheinbare Chaos der Konkurrenz auf ein einziges Ziel hin gleichzurichten und einen Arbeitsertrag herauszuwirtschaften, ohne den Rußland selber trotz seinem ebenbürtigen Organisationsgenie seine Kriegstransportprobleme kaum gelöst hätte. Auch muß der amerikanische Zweifrontenkrieg, auf entgegengesetzten Seiten des Erdballs geführt mit einer anderswo unerreichbaren Masse und Güte von Material, auf den technisch eingestellten Geist des neuzeitlichen Russen Eindruck machen. Ob und wieweit daraus eine andere Einschätzung der westlichen Wirtschafts- und Kulturwelt überhaupt hervorgeht oder ob nur der Ehrgeiz des Wettlaufes angefacht wird, bleibt der Zukunft anheimgestellt.

Die Organisation Deutschlands

In Potsdam wurde nur für die Zeit der Besetzung verfügt. Die bleibende Organisation, das politische System Deutschlands ist nur soweit festgelegt, als der Nationalsozialismus auf allen Lebensgebieten ausgerottet werden soll. Ueber die Frage aber, wie Rumpfdeutschland als Staatswesen eingerichtet werden soll, ist endgültig noch nichts bestimmt.

Man fängt aber sehr richtig, wie das auch in Italien geschehen sollte, mit den kleinsten Bezirken des öffentlichen Lebens an, mit den Gemeinden. Es ist nach schweizerischer Auffassung die einzig natürliche Entwicklung eines Staates, von unten nach oben, aus der lebenswarmen Nähe der Nachbarschaften heraus, fortschreitend zum Zusammenschluß gleichberechtigter Gemeinwesen, schließlich mit einer Spitze über der Gesamtheit. Auch die Amerikaner kennen das: «E pluribus unum» lautet ihr Wappenspruch.

Aber die Organisation der deutschen Gemeinden ist zunächst nur ein Notbehelf für die regierenden Besetzungsbehörden. Die großen Fragen liegen weiter im Streit der Meinungen. Es hält für uns etwas schwer, zu glauben, daß der Ruf nach Entpreußung Deutschlands nicht von allen Siegern aufgenommen wird. Oder hat man die Entpreußung am falschen Ende angepackt, im Osten, wo unzweifelhaft alt- und echtpreußisches Land unter Fremdherrschaft gestellt und als Boden für eine preußische Irredenta zubereitet wird, indessen man von einer föderativen Auflockerung gewissenorts eine neue deutsche Einheitsbewegung mehr als alles andere zu befürchten scheint? Wären

nicht im Westen und Süden, in Hannover, im Rheinland und an andern Stellen immer noch vorhandene innere Grenzen, wo man gewaltsame preußische Eroberungen abtrennen und einer eigenen Ordnung überlassen könnte?

Es ist offenbar die Bequemlichkeit des Gleichmachens, die in der Verwaltung eine große Rolle spielt. Hat man einmal Oesterreich wieder auf eigene Füße gestellt und die Ostgebiete amputiert, so wünscht man den Rest unterschiedslos im gleichen Topf zu behalten. Nur mache man daraus nicht ein Entgegenkommen an die Wünsche des deutschen Volkes, dem nichts über die Gleichschaltung aller seiner Stämme gehe! Die Alliierten sind von den besten und zuverlässigsten Kennern, von Leuten, die das deutsche Volk wirklich von innen kennen, längst unterrichtet. Nun kommt natürlich noch ein neues Element der Vermassung, das die Unterschiede für den oberflächlichen Betrachter verwischen hilft: es ist die gewaltige Binnenwanderung aus den zerstörten Städten aufs Land und aus den russisch und polnisch werdenden Ländern sowie aus dem Sudetengebiet nach Innerdeutschland. Diese Millionen Entwurzelter können gewiß nicht in geschlossenen Stammesgemeinschaften angesiedelt werden.

Es handelt sich nun auch gar nicht darum, Deutschland gegen seinen Willen künstlich zu zerteilen. Man könnte vielleicht die wesentliche Frage der Entpreußung, nämlich eine echte Föderalisierung später den Deutschen überlassen, die in gesonderten Landesabstimmungen für den Einheitsstaat oder für die Autonomie der natürlichen kleinern Einheiten und für einen Bund unter den deutschen Ländern sich aussprechen dürften. Der Sozialismus ist in der Regel für den Einheitsstaat, und so war auch der ehemalige und heutige österreichische Kanzler Renner ein eifriger Anschlußpolitiker. Aber ein deutscher Sozialist, der verstorbene Minister Adolf Müller, hat dem Schreibenden, als Hitler aus Deutschland eine einzige Masse gemacht hatte, eindringlich versichert: «Denken Sie einmal daran: Bayern ist nicht tot.»

Die Vergessenen

Es sind natürlich auch Abwesende. Die kleinern Alliierten bis und mit Frankreich haben einstweilen keinen Anteil an den deutschen Vergütungen zugesprochen erhalten. Amerika, das ein unversehrtes Land und eine ungestörte Industrie behalten hat, ist besser dran. Holland, Belgien, Norwegen, all die kleinen Opfer des Angreifers, scheinen auf einmal Stiefkinder des Sieges zu sein. Doch ist ja in Potsdam nicht alles geordnet worden, was geordnet werden muß;

man hat den Forderungen nachgegeben, denen man nicht glaubte widerstehen zu können, hat sicher dornige Fragen angepackt, ohne damit fertig zu werden, und darob hat man die Zeit verloren, die nötig gewesen wäre, um etwa das Reparationsproblem oder die Umgrenzung Deutschlands zu Ende zu behandeln.

In einem gewissen Sinn hat man eine Unfreundlichkeit der Konferenz von San Franzisko gutmachen wollen: *die Neutralen,* damals nicht unter die «Friedliebenden» gerechnet, werden nun ausdrücklich zum Eintritt in die Weltorganisation eingeladen, mit Ausnahme des falangistischen Spanien. Voraussetzung ist, daß sie sich den Pflichten des Statuts unterziehen. Das ist selbstverständlich; das verlangt jeder Gesangverein; aber für die Schweiz ist damit der Eintritt nicht freigemacht. Die Diskussion über unsere Neutralität wird nun wohl neu anheben. Die Frage ist, ob sie sich durch ein Sonderabkommen wie das letztemal in den allgemeinen Pakt einschmiegen ließe. Zuerst müßte unser Verhältnis zur Sowjetunion geregelt sein; denn es ist nicht anzunehmen, daß sie uns jetzt so großherzig einziehen ließe, wie sie uns in Genf den Rückzug auf die integrale Neutralität freigegeben hat, ohne uns Mottas Anklagerede beim Eintritt Rußlands in den Völkerbund entgelten zu lassen. Die Tonart hat seither umgeschlagen. Was an uns liegt, um sie ohne unwürdige Kriecherei wieder günstiger zu stimmen, das geschieht.

Aber dann erhebt sich die Forderung nach dem freien Durchzug der internationalen Streitkräfte im Fall eines Krieges. Paul-Boncour, der in San Franzisko schon die Neutralität anzugreifen für richtig fand, hat ausdrücklich auch auf dieses Durchzugsrecht hingewiesen. Nun aber hat offenbar Rußland von einer solchen Verpflichtung nichts wissen wollen, obschon es sich als Hauptmacht schon durch das Veto gegen eine gemeinsame Aktion und damit auch gegen einen Durchzug sichern könnte. Die Bedeutung des Durchzugsrechts aber steigt mit der Ausdehnung eines Landes. Zudem macht jeder kriegerische Marsch das Durchzugs- zum Kriegsgebiet, und was das bei den heutigen Fliegerbomben bedeutet, weiß jedermann. Auch die wirtschaftliche Kriegführung geht, wie der leidige Sanktionshandel gezeigt hat, schwerlich mit der Neutralität zusammen. Neutralität ist schon nach dem Wortsinn notwendigerweise undifferenziert.

Die Tatsache, daß wieder Machtsphären entstanden sind, zwischen denen die Schweiz liegen wird, ist ein Grund mehr, an der Neutralität festzuhalten. Denn wiederum läßt sich der Friede nicht anders sichern als durch ein Gleichgewicht zwischen den Großmachtskomplexen. Eine neue Begründung unserer Neutralität liegt in den Diensten, die unser Zufluchtsland gerade dem Volke des Herrn Paul-Boncour in zwei Weltkriegen erwiesen hat.

Vor allem aber haben wir an der These festzuhalten, gegen die der gleiche Franzose als Anwalt Frankreichs im Zonenhandel im Haag erfolglos plädiert hat: Internationale Konferenzen, an denen die Schweiz nicht teilhat, können keine Beschlüsse fassen, die uns ohne unsern Willen verpflichten. Und so ist auch eine Entschließung von San Franzisko für die Schweiz «res inter alios acta».

Weniger einschneidende Bedeutung, als man ihr zumessen wollte, hat wohl die neu eingesetzte Außenministerkonferenz der Großen — diesmal Fünf, also mit Frankreich und China. Sie soll die Friedensverträge mit Italien und den andern Satellitenstaaten vorbereiten (zu denen man wohl Finnland, nicht aber Oesterreich rechnen will; dieses ist ein «befreites Land»). Wenn auch dieser neuen ständigen Instanz, die den Europarat ablöst, noch weitere Aufgaben zugeschieden werden sollten, so würde daraus kaum eine eigentliche Regierung. Denn die Außenminister unterstehen ihren Regierungschefs und haben ihnen zu referieren, und diese sind es, die ja ohnehin auf ihre Rechnung und auf allgemeine Gefahr die Welt regieren — sofern sie einig bleiben.

Das war die Kapitalfrage und wird die Kapitalfrage bleiben weit über Potsdam hinaus.

*

Präsident Truman hat in seiner Radioansprache erklärt, die Vereinigten Staaten gehen als die stärkste Macht aus dem Krieg hervor. Es war eine Feststellung auf soliden Fundamenten, und es war eine Warnung. Das Ergebnis von Potsdam machte eher das Ueberwiegen einer andern Macht sichtbar, wiewohl damals die Atombombe, die so rasch das japanische Mutterland sturm- und friedensreif schlagen sollte, schon in der Hand der amerikanischen Streitmacht lag. Wann und wo Amerika sein Uebergewicht noch zur Geltung bringen wird, steht dahin. Eine technische Ueberlegenheit pflegt sich auszugleichen, und Potsdam ist kein Mark-, sondern nur ein Meilenstein in einer rasenden Entwicklung.

BIBLIOTHEK der E. T. H.